

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlag: Nachrichten Dresden.  
Verleger: Carl Schönbach.  
Postfach 25 241.  
Telefon: 20011.

**Bezugs-Gebühr** vom 1. bis 15. Juli 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung im Hause 1,50 Mark.  
**Anzeigen-Preise:** Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Die einzellige 20 mm breite Zeile 30 Pfg. für gewöhnlich 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 10 Pfg. außerhalb 20 Pfg. die 90 mm breite Reklameweile 180 Pfg. außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Zusam. Anträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung:  
Marie-Anne 35/40.  
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nummer 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Vor einer Sicherheitsinterpellation.

### Die Volkspartei will, daß die Regierung ihre Ansicht öffentlich vertritt.

#### Noch keinerlei Maßnahmen zu einer Ausräumung getroffen. - Eine Chinakonferenz unter Teilnahme Amerikas?

### Eine Zwischennote an die Entente geplant.

Deutschnationale Bedenken gegen eine Sicherheitskonferenz. Berlin, 2. Juli. Die Deutsche Volkspartei bringt heute im Reichstag eine Interpellation über die außenpolitische Lage ein.

Die Interpellation der Deutschen Volkspartei war schon seit längerer Zeit von der Fraktion beabsichtigt. Das Organ der Partei erklärt: Es versteht sich von selbst, daß der Interpellation jede Absicht fernliegt, der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten.

Man darf vielmehr sicher sein, daß auch der Regierung eine Interpellation und die damit verbundene Aussprache willkommen sein wird. Bei einer so wichtigen Frage wie dem Problem des Sicherheitspaktes kann man sich umhin nicht damit begnügen, die Diskussion hinter verschlossenen Türen zu führen, wie es in der Konferenz der Ministerpräsidenten und im auswärtigen Ausschuss des Reichstags gestern geschehen ist.

Die Regierung muß Gelegenheit haben, ihre Ansicht in aller Öffentlichkeit vor dem deutschen Volke zu äußern.

Nur wie den Parteien wird daran gelegen sein, zu dem ganzen Fragenkomplex Stellung zu nehmen und die deutsche Auffassung von der notwendigen Beschaffenheit eines Sicherheitspaktes den unhaltbaren Auffassungen gegenüberzustellen, die in der Note Briand's zu entwickeln sind. Die Interpellation kann und wird dazu beitragen, auch im Reichstag selbst die politische Lage zu klären.

Das Blatt hält es nach dem jetzigen Stand der Dinge nicht für ausgeschlossen, daß die bisherigen Verhandlungen in eine Konferenz

münden. Die Regierung habe sowohl in den diplomatischen Verhandlungen, wie auch auf einer etwaigen Konferenz nur dann eine sichere Position, in der sie die deutschen Interessen vertreten könne, wenn sie einen starken Rückhalt in einer sicheren parlamentarischen Mehrheit habe. Es sei die zweite Aufgabe der Interpellation, diese Mehrheit in die Erscheinung treten zu lassen. Das Blatt zweifelt nicht daran, daß dabei auch die Deutschnationalen in der Front der Regierungsparteien stehen werden.

Sachlich werde es notwendig sein, die Grundlage der deutschen Antwort festzulegen. Das Reichskabinett habe es als seine

einmütige Ueberzeugung festgestellt, daß ein Sicherheitspakt angedreht werden soll, sofern die volle Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung gewahrt bleibt. Für diese Auffassung werde sich auch die Regierungsmehrheit einsetzen müssen.

Die Besprechung darüber dürfte erst Mitte oder Ende nächster Woche erfolgen. Eine vorläufige Antwort der Reichsregierung, eine Zwischennote auf die letzte Note Briand's, wird voraussichtlich noch in nächster Woche nach Paris abgefaßt werden.

Es ist auch vielfach von einer großen Konferenz zur Erledigung des Sicherheitsproblems die Rede. Wegen einer solchen Konferenz befragen auf deutscher Seite namentlich bei den Deutschnationalen ernste Bedenken. Die „Arenszeitung“ stellt folgende zwei Tatsachen fest:

1. sind die Deutschnationalen bereit, auf Grund der Briand-Note zunächst einmal weitere diplomatische Feststellungen zu machen.

2. aber läßt sich die Tatsache nicht wegleugnen, daß das Auswärtige Amt für die Einleitung des Schrittes in der Sicherheitsfrage allein die Verantwortung trägt. Ferner schreibt das deutschnationale Blatt: Ohne Zweifel erfordert das nationale Interesse Deutschlands, daß gerade die Deutschnationalen bei der weiteren Entwicklung unserer Verhältnisse zum Feindbund (Völkerbund, Sicherheitsfrage, Entwaffnung) ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben. Jetzt eine Regierungskrisis herbeizuführen, bliebe Deutschland entweder aktionsunfähig machen oder es den pazifistischen Unterwerfungspolitikern auszuliefern.

### Der Beirat für das Luftfahrwesen

ist auf den 16. Juli zu einer Sitzung im Reichsverkehrsministerium einberufen worden, um sich mit der letzten Note der Vorkonferenz über die weitere Beschrankung der deutschen Luftfahrt zu beschäftigen. Der Beirat setzt sich aus Vertretern der einschlägigen Industrien der Luftverkehrsunternehmen, der Wissenschaft, des Sport- und Vereinswesens, des deutschen Städtebundes und der Flugplatzinteressen, sowie aus Vertretern der Arbeitnehmer, aus den Kreisen der Flugschüler, Monteurs, Werkmeister und der Arbeiterkassen zusammen. Zu der Sitzung sind ferner Beauftragte der dabei beteiligten Reichsministerien und der einzelnen Landesregierungen eingeladen.

erzählte er ihnen an Ort und Stelle, daß er die einmütige Zustimmung der Fremdenlegation werde. Auf Vorbehalt des einen der jungen Leute, daß dieses doch in Deutschland strafbar sei, zeigte er ihnen seinen Ausweis mit Lichtbild, sowie eine mit französischer Unterschrift und Stempel versehene Verlaubigung, daß der Inhaber des Ausweises berechtigt sei, laut Verfallener Vertrag und sonstiger zwischen der deutschen und französischen Regierung getroffenen Vereinbarungen, junge Leute für die Legion anzukommen. Leider haben die beiden jungen Leute, in dem Glauben, daß der Werber sich nicht strafbar mache, unterlassen, ihn dem in der Nähe befindlichen Schutzmann zu übergeben. Es sei hierdurch deshalb nochmals darauf hingewiesen, daß, obwohl in dem Vertrag von Versailles sich eine Klausel befindet, daß Deutsche außer in der französischen Fremdenlegation in keinem anderen Heere Dienste leisten dürfen;

ein Verbot für die französische Fremdenlegation in Deutschland selbstverständlich nicht gestattet werden darf und daß es eine Schmach ist, wenn Deutsche für unsere Feinde, die uns bis auf Blut bedrücken und schänden, kämpfen und sterben sollen. Wir warnen daher erneut junge Leute und erfragen auch Eltern, Lehrer und Arbeitgeber eindringlich, ein Verbot zu tun.

### Deutschlands Maßnahmen gegen Polen.

Berlin, 2. Juli. Wie verlangt, werden sich die Gegenmaßnahmen Deutschlands nach zwei Richtungen hin auswirken. Die jetzt bestehenden Einfuhrverbote werden Polen gegenüber unannäherlich durchgeführt werden. Außerdem werden neue, besonders gegen Polen gerichtete Ausfuhrverbote erlassen werden. Ferner werden auf Grund des § 7 der Reichsabgabenordnung Prohibitivabfälle in Kraft treten auf solche Waren, an deren Ausfuhr nach Deutschland Polen ein besonderes Interesse hat.

Schneidemühl, 2. Juli. In Erwartung des Vollkrieges mit Polen hat ein ungemein starker Warenverkehr im Grenzgebiet eingesetzt. Alle Güterbahnhöfe und die Bahnanlagen sind mit rollendem Transportgut überfüllt. - Die „Pöliner Posten Nachrichten“ melden gestern nachmittags, daß der polnische Ministerrat bereit sei, der Danzigerdelegation in Berlin neue Instruktionen zu erteilen.

### Industrie und Gewerkschaften für den Zollkrieg.

Berlin, 2. Juli. Zum Zollkrieg mit Polen erklärt die „Berliner Vorzensetzung“, daß die deutsche Industrie sich einmütig auf den Standpunkt gestellt hat, lieber in einem energisch geführten Wirtschaftskrieg gegen Polen eine klare Situation zu schaffen, als weiterhin in dem bisherigen Zustand zu beharren. Auch die Gewerkschaften haben geschlossen auf dem Standpunkt, daß auf dem Verhandlungswege mit Polen nichts zu erreichen sei.

### Die Knutenpolitik in China.

Von Professor Dr. Chu Chia-hua,  
Dekan des Germanistischen Seminars an der  
Reichsuniversität Peking.

Das deutsche Volk hat seinen eigenen Jammer. Ich war in Deutschland während all der schweren Jahre nach dem Kriege, habe mit dem deutschen Volke mitgeföhlt und es in seiner Standhaftigkeit bewundern gelernt. Heute, wo ich nach China zurückgekehrt bin, finde ich, daß das Volk, dem ich angehöre, eine ähnliche Leidenszeit durchzumachen hat. In mancher Hinsicht mögen die Ursachen verschieden sein, in mancher Hinsicht aber die gleichen.

Während des Weltkrieges haben wir Chinesen wohl mehr als ein anderes Volk der feindlichen Propaganda, dieser furchtbaren Lügenpropaganda gegen das deutsche Volk, mit Mißtrauen gegenübergesehen. Bis zuletzt blieben wir außerhalb des Ringes der Mächte, der sich gebildet hatte, um Deutschlands Macht zu zertrümmern; erst als die Vereinigten Staaten in den Krieg eintraten, im August 1917, stellten unsere Führer aus staatsmännlichen Gründen es für nötig, dem Drucke nachzugeben, der, begleitet von Drohungen und Versprechungen, jahrelang auf uns ausgeübt worden war. Aber mit dem Herzen war das chinesische Volk nicht in diesem Kriege, und als erstes hat es auch den Deutschen wieder ihr Privateigentum zurückgegeben, nachdem der englische Bolschewismus, zum ersten Male seit Jahrhunderten in der Geschichte Europas, die Rechte des Privateigentums verletzt und dadurch den Rußland gestiftet hatte, wie man mit dem Privateigentum bereit, die man entziehen will, verfahren muß. Man halte klar daran fest, daß der Bolschewismus als Tatbestand englischen Ursprungs ist, denn selbst bis heute hat ja die englische Regierung deutsches Eigentum und deutsche Rechte behalten, wenn auch durch den Friedensvertrag dieser bolschewistischen Tat ein rechtliches Mäntelchen umgehängt worden ist.

Diese einführenden Bemerkungen werden gemacht, um dem deutschen Volke das näher zu rücken, was sich jetzt hier in China abspielt. Die Methode ist dieselbe. Maßlose Verheerung des Gegners, skrupellose Entstellung der Tatsachen, Einerei, ob es Russen, Türken, Japen, Ägypter, Deutsche, Russen sind, immer wieder: einer nach dem anderen wird in dem englischen Vorkrieges als minderwertig, verächtlich, sittlich tiefsiehend beschimpft. Heute sind wir Chinesen wieder an der Reihe.

Was ist es nun, was uns den furchtbaren daß dieses gewaltigen Volkes ausgezogen hat? Und welche Ziele verfolgt man gegen uns? Von den Versprechungen, die man uns 1917 gemacht hat, ist doch nichts gehalten worden. Ja, in einigen Kleinigkeiten hat man scheinbar Konzessionen gemacht, in Wirklichkeit aber uns mehr und mehr eingekreist. Aber wir sind nicht gewillt, uns ein indisches Joch auflegen zu lassen; noch ist es nicht soweit gekommen. Noch stehen wir als Volk einzig zusammen im Protest gegen den grauenhaften Vorkrieg vom 30. Mai und spätere gleiche Vorfälle in Schanghai, wo unsere Mitbürger niedergeknallt wurden wie die Hundel.

Was hat sich angetragen? Ein Streik brach aus unter den chinesischen Arbeitern in japanischen Fabriken. Wie vermutlich auch in Deutschland bekannt ist in den Kreisen, die sich mit Sozialpolitik befassen, sind die Zustände in den Fabriken in Schanghai zum Teil gräßlich, und gerade die Engländer haben in den letzten Jahren immer und immer wieder betont, daß diese Zustände unannehmlich seien. Also sind doch gerade nach englischen Aussagen die Arbeiter berechtigt gewesen, zu streiken. Daß der chinesische Arbeiter etwa weniger geduldig und ruhig sei als der europäische, wird niemand behaupten, der die Verhältnisse kennt. Scharflich würden die Arbeiter in Manchester oder in deutschen Fabriken sofort nicht nur in den Streik treten, sondern tätlich vorgehen, wenn sie auch nur einige Wochen unter den Bedingungen arbeiten könnten, die man unseren chinesischen Arbeitern als selbstverständlich zumutet. Und, es sei wiederholt, die Engländer selbst haben das immer wieder betont. Infolgedessen hätten die englischen Sympathien doch durchaus auf chinesischer Seite und nicht auf japanischer sein sollen! Wie dem auch sein mag, sie waren es nicht. Die tieferliegenden Gründe werden wohl erst mit der Zeit in die Erscheinung treten.

Die Studenten schlossen sich den Arbeitern an, und nun begab sich am 30. Mai 1925 das Unkrautliche, daß auf die Unbemerkten geschossen wurde. Kein Warnungsschuss wurde abgegeben, keine Verurteilung, wie es allgemein in Europa üblich ist, man schoß und wir Chinesen müssen annehmen, man schoß gern. In England selbst würde man das nicht gewagt haben; während all der furchtbaren Streiks nach dem Kriege wurde niemals in England selbst mit der Robeit gegen die englischen Arbeiter vorgegangen, wie in Schanghai seitens der Engländer gegen unsere Mitbürger.

Aber, wird der deutsche Leser fragen, wie kommt englische Polizei nach Schanghai, auf chinesisches Gebiet? Um das zu erklären, müßte ich bis auf die Zeit des Opiumkrieges zurückgehen, wo die Engländer zum erstenmal unsere Hoheitsrechte einengten. Seitdem haben sich in den chinesischen Häfen Niederlassungen und Konzessionen herausgebildet, in denen der Chinesen nicht nur nichts zu sagen hat, sondern schlechter behandelt wird als im Auslande selbst. Noch arden hin wird noch der Schein aufrechterhalten, als seien diese Niederlassungsgebiete Gebiete unter chinesischer Staatshoheit, in Wirklichkeit liegt die ganze Polizeigewalt und die Rechtssprechung in den Niederlassungen hauptsächlich in englischen Händen oder in den Konzessionen in den Händen eines Kom-

## Vorsicht bei Räumungsmeldungen!

### Bis jetzt noch keine Maßnahmen getroffen.

Düsseldorf, 2. Juli. In direktem Gegensatz zu den zahlreichen Pressemeldungen von einer bevorstehenden Räumung der Ruhrstädte steht die am 1. Juli in Düsseldorf und Ruhrort von den Franzosen und Belgiern ausgehende Verlängerung aller Mietverträge in den Privatwohnungen bis 30. September. In Düsseldorf handelt es sich um 17 Privatwohnungen der Familienangehörigen der höheren Militärstäbe.

Auch die „Rheinische Zeitung“ warnt vor übereilten Hoffnungen, da ihr von zuständiger Seite mitgeteilt wird, daß sämtliche Meldungen über bereits erholte Abtransporte französischer Truppen aus der Hochruhrzone noch sämtliche Offiziers- und Mannschaftsquartiere voll belegt und noch keinerlei Maßnahmen getroffen, die auf eine bevorstehende Räumung schließen ließen. Bei den gemeldeten Truppentransporten handelt es sich um Truppen, die vom Main über in ihre alten Quartiere zurückkehrten.

Die gleiche Warnung ist auf Grund folgender Meldung berechtigt:

London, 2. Juli. Der „Times“ zufolge befindet sich die ganze Frage der Ausräumung noch im Vorkabinett; es sei jedenfalls bis 30. Juni kein Befehl zur Ausräumung oder zur Wiedereinnahme der Truppenkräfte im Ruhrgebiet gegeben worden.

### Warnung vor französischen Werbemethoden.

In welcher Weise die Franzosen auch heute noch mit der deutschen Bevölkerung am Rhein umspringen, zeigte die Gutenberg-Felder in Mainz. Kein Privathaus durfte Fahnen schmecken tragen, kein patriotisches Lied durfte gesungen werden, die festliche Beleuchtung des Rheinufer war verboten, verboten war auch u. a. das Abbrennen von Feuerwerk, vielleicht weil man dies als kriegerische Veranstaltung angesehen hat. Nur etwas vierhundert die Franzosen nicht, nämlich in ihre Fremdenlegation einzutreten, und sie nehmen sogar das Recht in Anspruch, die Deutschen in allen Landestellen dazu einzuladen. In den „Lübeckischen Anzeigen“ läßt jetzt wieder der Bundesvorsitzende der Vaterländischen Verbände in Lübeck, General v. Morgan, folgende Warnung ergehen: Vor einigen Tagen spielte sich abends gegen 11 Uhr auf dem hiesigen Bahnhof folgender Vorgang ab: Zwei junge Leute im Alter von 18 und 19 Jahren erwarteten in der Vorhalle die Ankunft eines Verwandten, als sich ihnen ein Herr von etwa 30 Jahren zugesellte und sie in gebrochenem Deutsch ansprach. Er sei Werber für die französische Fremdenlegation, dort sei viel Geld zu verdienen. Er forderte die beiden auf, in eine Wirtschaft zu kommen, wo er ihnen Näheres mitteilen wollte. Als sie sich weigerten, der Einladung nachzukommen,